

gleichlautende Schreiben an:

Herrn Bundesminister Peer Steinbrück, BMF
Herrn Bundesminister Wolfgang Tiefensee, BMVBS
Herrn Bundesminister Sigmar Gabriel, BMU
Herrn Bundesminister Michael Glos, BMWi

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

wir sind sehr besorgt: Die Vorschläge zur Konjunkturförderung, die bislang aus Bundesministerien in die Debatte gebracht wurden, greifen auf Rezepte der Vergangenheit zurück und sind nicht zukunftsorientiert. Vor wenigen Tagen hat das Bundeskabinett den Fortschrittsbericht 2008 zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Bundesminister de Maizière betonte aus diesem Anlass zu Recht, dass es darauf ankomme „wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, Umweltschutz und soziale Verantwortung so zusammenzuführen, dass auch für künftige Generationen Gerechtigkeit, Lebensqualität und sozialer Zusammenhalt dauerhaft gewährleistet werden können.“ Und er verwies darauf, dass die Finanzmarktkrise zeige, wohin kurzfristig orientierte Entscheidungen führten.

Ein nachhaltiges Konjunkturprogramm, das diesen Kriterien gerecht wird, darf nicht im Widerspruch zu den Klimaschutzzielen der Bundesregierung stehen, sondern muss zur Erreichung dieser Ziele beitragen. Ein nachhaltiges Konjunkturprogramm muss den Erhalt der biologischen Vielfalt fördern und darf nicht Projekte fördern, die diese Vielfalt bedrohen. Ein nachhaltiges Konjunkturprogramm muss die regionale, ressourcenleichte und naturverträgliche Ökonomie stärken statt Großprojekte und Konzerne zu fördern.

1. Klima schützen: Energieeffizienz fördern

Die Steigerung der Energieeffizienz schützt unser Klima, unterstützt dauerhaft die Wirtschaft, sichert Arbeitsplätze, regt Innovationen an und macht Deutschland zukunftsfähiger. Wichtig sind vor allem vier Maßnahmen:

1. Die Förderung für die Sanierung von Gebäuden massiv aufstocken. Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, mit dem private und öffentliche Eigentümer unterstützt werden, muss von derzeit 1,4 etwa auf 20 Milliarden Euro pro Jahr erhöht werden. Die Aufstockung soll es ermöglichen, dass auch – und gerade – der öffentliche Gebäudebestand zügig energetisch saniert wird.

2. Den Anreiz zu Investitionen in erneuerbare Energien zum Heizen deutlich erhöhen. Zu diesem Zweck muss das Erneuerbare Wärmegesetz künftig auch für den Gebäudebestand gelten. Die Mittel für das Marktanreizprogramm sollten verdoppelt werden.
3. Die Förderung von Nahwärmenetzen sollte aus dem KWK-Gesetz herausgenommen und auf 300 Millionen Euro verdoppelt werden.
4. Im Rahmen des Energieeffizienzgesetzes muss ein Klimaschutzfonds aufgesetzt werden, der mit mindestens 500 Millionen Euro jährlich auszustatten ist. Damit können Energieberatung und ein Anreizprogramm für den Kauf effizienter Elektrogeräte gerade auch für einkommensschwache Haushalte dauerhaft finanziert werden.

2. Klima schützen: Ökologische Mobilität fördern

Steuergeschenke für die Hersteller großer und schwerer Pkw, die über Jahrzehnte die Entwicklung verschlafen haben, sind keine Problemlösung, sondern verschärfen das Problem der Klimabeeinträchtigung durch falsche politische Vorgaben. Kontraproduktiv ist zudem der Fernstraßenneubau. Um im Verkehrsbereich für Klimaschutz und Wachstum zu sorgen, sind Investitionen in den öffentlichen Personen- und Güterverkehr notwendig und ökologische Anreize für PKW mit geringem Spritverbrauch.

1. Der BUND fordert jährlich zwei Milliarden für mindestens drei Jahre für Investitionen
 - in regionale Schienenstrecken zur Verbesserung und Wiederbelebung von Bahnstrecken;
 - zur Verbesserung des Güterverkehrs im Seehafenhinterland vor allem im Bereich der Schiene sowie zur Erhöhung der Brücken, um auf stark befahrenen Kanälen und Flüssen mehrlagigen Containertransport zu ermöglichen. Dadurch könnte ein gravierender Kapazitätsengpass im deutschen Verkehrsnetz beseitigt werden.
2. Klare Anreize für Sprit sparende und Klima schonende Neuwagen: Dazu muss die Kfz-Steuer vom Hubraum umgestellt werden auf CO₂-Basis. Die sparsamsten und saubersten Autos können von der Steuer komplett befreit werden zu Lasten der hoch emittierenden.

3. Mensch, Natur und Kreatur schützen

Im Naturschutz in Deutschland gibt es viele Defizite. In den folgenden drei Bereichen könnten mit Investitionen des Bundes gravierende Mängel beseitigt und spürbare Arbeitsmarkteffekte erzielt werden.

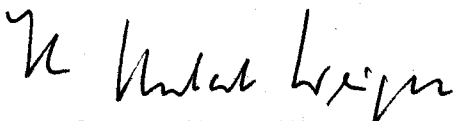
1. Durch intensive landwirtschaftliche Nutzung wurden viele Moore stark entwässert. Die Folge: Es werden riesige Mengen CO₂ freigesetzt. Intakte Moore sind Stoffsenken. Bisher gibt es nur wenige und schlecht ausgestattete Moorrenaturierungsprogramme in den Bundesländern. Ein Moorrenaturierungsprogramm in Höhe von 1 Milliarde Euro ermöglicht die Renaturierung von etwa 30 000 ha Moorflächen und käme insbesondere mittelständischen Planungs-, Garten- und Landschaftsbauunternehmen zugute. Zugleich würden diese Investitionen zum Klimaschutz beitragen.
2. Nach den verheerenden Flutereignissen in den letzten Jahren wurde zwar Geld für die Reparatur und Erhöhung von Deichen investiert, aber Deiche bieten keine Sicherheit. Mit 1 Milliarde Euro können etwa 80 Tausend ha Überschwemmungsfläche zurückgewonnen werden. Ein nationales Auenprogramm kommt besonders dem Tiefbau und dem Landschaftsbau zugute.
3. Viele Lebensräume in Deutschland sind zerschnitten. Allein das überregionale Straßennetz umfasst über zwölftausend Kilometer. Bisher verweigert sich die Bundesregierung der Aufgabe, Biotopvernetzungen über bereits bestehende Bundesautobahnen und Bundesstraßen in Angriff zu nehmen. Ein Grünbrücken- und Wildkorridor-Programm würde einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Landschaft wieder durchlässiger zu machen. Gleichzeitig würde der regionale Arbeitsmarkt belebt. Mit einem Investitionsprogramm von 1 Milliarde Euro lassen sich Biotopverbundsysteme in der offenen Feldflur aufbauen und über 300 Grünbrücken und Tunnel errichten. Damit ist der als vordringlich ermittelte Bedarf zu decken.

Diese ökologischen Konjunkturfördermaßnahmen können unter anderem finanziert werden durch die Erlöse des Emissionshandels sowie – und das heißt: doppelt Sinnvolles tun – den Abbau umweltschädlicher Subventionen – vor allem die Abschaffung

- der Steuererbefreiung im Flugverkehr,
- der Steuerprivilegien für die Atomindustrie,
- des Dienstwagenprivilegs.

Wir setzen auf Sie.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Hubert Weiger
Vorsitzender des BUND